

Titel Eine leistungsfähige, öffentliche Krankenhausversorgung/
Krankenhauslandschaft für ganz Hessen

AntragstellerInnen Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Eine leistungsfähige, öffentliche Krankenhausversorgung/ Krankenhauslandschaft für ganz Hessen

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2 Hessen braucht auch in Zukunft eine flächendeckende, verlässliche, leistungsfähige und ausdifferenzierte Kranken-
3 hausversorgung/ Krankenhauslandschaft. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung ist eine der wichtigsten Aufga-
4 ben der öffentlichen Daseinsvorsorge, Grundlage für die Lebensqualität in den Regionen unseres Landes und mitent-
5 scheidend für die Attraktivität des Standortes Hessens. Rückgrat eines funktionsfähigen Krankenhaussystems sind
6 die Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft.

7

8 **Für eine verlässliche Entwicklung unserer Krankenhäuser in Hessen müssen jetzt mehrere Weichen neu ge-**
9 **stellt werden:**

10 1. Die Übertragung kommunaler Krankenhäuser an private, gewinnorientierte Unternehmen war ein Fehler. Der
11 Zwang zu Gewinnabfuhr und Profitmaximierung gefährdet den öffentlichen Versorgungsauftrag.

12 Weitere Privatisierungen lehnt die SPD deshalb ab. Die Krankenhausversorgung muss weiterhin durch öffentliche und
13 andere gemeinnützige Träger abgesichert werden. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die gefährdete
14 Krankenhäuser vor einer Privatisierung bewahren wollen, brauchen die volle Rückendeckung der Hessischen Lan-
15 desregierung.

16 1. Für die Lösung struktureller Probleme der Krankenhauslandschaft und für eine qualitativ hochwertige fach-
17 medizinische Versorgung brauchen wir eine trägerübergreifende Kooperation in den Regionen. Die Landes-
18 regierung ist aufgefordert, diesen Prozess zu moderieren/ überwachen und dabei sicherzustellen, dass der
19 gesetzliche Versorgungsauftrag und die Ziele der Krankenhausplanung flächendeckend umgesetzt und sicher-
20 gestellt werden.

21 Die Landesregierung ist insbesondere in der Verantwortung, die Unikliniken so aufzustellen, dass sie eine wichtige
22 Rolle in diesen regionalen Kooperationsstrukturen übernehmen können.

23 1. Einige Krankenhäuser Hessens haben einen hohen Nachholbedarf bei Investitionen. Um den dringendsten
24 Bedarf anzupacken, setzen wir uns für ein kurzfristiges, kreditfinanziertes Investitionsprogramm ein und for-
25 dern CDU und Grüne auf, gemeinsam mit der SPD im Landeshaushalt 2020/21 die Voraussetzungen dafür zu
26 schaffen.

27 Die aktuellen Kostenprobleme der Krankenhäuser beruhen aber nicht nur auf fehlenden Investitionsmitteln. Der
28 steigende Kostendruck geht auch auf bundesgesetzliche Neuregelungen zurück, für die wir uns auch als SPD stark
29 gemacht haben, weil sie für mehr Qualität, höhere Patientensicherheit und bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Die-
30 se Qualitätsvorgaben dürfen aber nicht dazu führen, dass in der Fläche Krankenhäuser schließen müssen. Deshalb

31 setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Sicherstellungszuschläge der Krankenkassen für Krankenhäuser
32 erhöht werden, die der Grundversorgung dienen.

33 1. In Regionen, in denen kommunale Krankenhäuser in den letzten Jahren privatisiert wurden, muss sicherge-
34 stellt werden, dass der öffentliche Versorgungsauftrag in vollem Umfang erfüllt wird und mindestens diesel-
35 ben Standards gelten wie in kommunalen Krankenhäusern – bei der Qualität und Breite des medizinischen
36 Angebots, in der Fürsorge für die Patientinnen und Patienten und bei Vergütung und Arbeitsbedingungen der
37 Beschäftigten. Grundsätzlich ist die vollständige Rekommunalisierung der privaten Krankenhäuser anzustre-
38 ben.

39 Wo der öffentliche Versorgungsauftrag gefährdet ist, müssen gesetzliche Vorschriften angepasst werden, um diesem
40 wieder gerecht zu werden.

41 1. Arbeit in Gesundheitsberufen ist Dienst am Mitmenschen und verdient anständige Bezahlung. Im Wettbewerb
42 um medizinische Fachkräfte müssen in Hessens Krankenhäuser ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gu-
43 tes Geld für gute Arbeit bieten.

44 In diesem Zusammenhang fordern wir, dass der Tarifvertrag Öffentlicher Dienst Pflege vom Bundesministerium für
45 Arbeit und Soziales für allgemeingültig erklärt wird.

46

47 **Die SPD wird für die Sicherstellung eines dauerhaft leistungsfähigen Krankenhaussystems werben und über**
48 **die Gefahren aufklären, die weitere Privatisierungen mit sich bringen würden.**

49 *Begründung*

50 Die gegenwärtige Entwicklung in Hessens Krankenhäuser beunruhigt viele Bürgerinnen und Bürger und gefährdet
51 das Vertrauen in die Krankenhausversorgung. Ursache dafür sind die vielfach zurückgestellten Investitionen, der
52 Abbau von Leistungen insbesondere in privatisierten Krankenhäusern sowie der unverantwortliche Umgang der pri-
53 vaten Krankenhausbetreiber mit seinem Fachpersonal und seinen Patienten*innen; Outsourcing der Beschäftigten,
54 die Belegschaften werden hierdurch zerschlagen, Ziel sind Dumpinglöhne und nicht wie so manche Behauptung
55 „Bündelung von Knowhow“. Das Personal hat immer weniger Zeit, sich um Patientinnen und Patienten zu kümmern.
56 Frischoperierte Patient*innen werden trotz kritischem Gesundheitszustand frühestmöglich entlassen. Teilweise wer-
57 den Kranke mit ihren Betten in den Fluren „geparkt“. Unerfahrene Pflegekräfte müssen immer öfter Infusionen an-
58 hängen oder Blut abnehmen, weil sie diese ärztlichen Tätigkeiten billiger ausführen. Diese und andere Missstände
59 werden in Kauf genommen. Die Bereitschaft der CDU und Grünen in der Landesregierung, weitere Krankenhäuser
60 zu privatisieren, verschärft die Sorgen um die Zukunft der medizinischen Versorgung in der Fläche.